

Am 13. Juni: Sozial wählen!

Die Tage sind gezählt. Es sind keine hundert mehr. Denn am 13. Juni wird ein neues EU-Parlament gewählt. Für die PDS ist das eine doppelte Herausforderung. Wir sind die pro-europäische Partei, die gegen Sozialabbau und Kriege kämpft. Allein das lohnt jede Stimme. Und wir sind hierzulande die Alternative, links von der SPD. Auch das spricht für uns. Allerdings: Die EU ist groß und Brüssel ist fern. So scheint es jedenfalls, wenn man Umfragen glaubt. Viele wissen noch nicht einmal, dass Wahlen anstehen. Und manche fragen sich ungläubig, was das mit ihnen zu tun haben könnte. Dabei werden inzwischen 80 Prozent aller politischen Entscheidungen von der EU mitgeprägt. Das ist oft folgenreicher als alles, was in Berliner Bezirks-Rathäusern bewegt werden kann. Schon deshalb ist es wichtig, nichts dem Selbstlauf zu überlassen. Ich jedenfalls will wissen, wer im Parlament das Sagen hat, ich will es mitbestimmen. Als Wahlkampfleiter der Berliner PDS habe ich allerdings noch ein Zusatzmotiv. Immer, wenn ich Gesine Löttsch und Petra Pau im Bundestag sehe, allein, links, aber ganz hinten, dann werde ich an unsere Wahlniederlage 2002 erinnert.

Gewiss, seit Geraumem haben wir wieder bessere Umfragewerte. Aber wirklich gewichtet wird an Wahltagen. Deshalb geht es für die PDS am 13. Juni nicht nur um einen Achtungserfolg. Gemessen wird auch unser künftiges Bundes-Gewicht. Der Wahlkampf ist vorbereitet. Nun muss er bestritten werden – sichtbar, hörbar, gewinnend. Und wiederholt: Die Tage sind gezählt.

■ Carsten Schatz,
Landesgeschäftsführer



Foto: Stephan Pramme

Die Roten in der Offensive

Halbzeit. In sportlichen Vergleichskämpfen ist das meist der Moment, wo man etwas dazu sagen kann, wie eine Mannschaft aufgestellt ist, wie sie agiert, wo ihre Stärken und ihre Schwächen liegen. Auch für Rot-Rot in Berlin ist in wenigen Wochen Halbzeit angesagt. Zweieinhalb Jahre Regierungsverantwortung stecken der PDS in den Knochen und so mancher wird zurückblicken und sagen: Ihr hattet gute und auch weniger gute Spielminuten, aber prima, ihr seid in der Offensive. Andere, die PDS-Politik beobachten, würden vielleicht gern mehr Tore sehen.

Natürlich betrachten wir all die schwierigen Entscheidungen, die zu treffen waren, und auch die Probleme der Stadt, die noch zu bewältigen sind, keineswegs als Spiel, und doch wird gelten, was auch für ein Fußballmatch entscheidend ist – letztlich zählt das Ergebnis.

Über unseren Stand nach zweieinhalb Jahren in Regierungsverantwortung haben wir uns viele Gedanken gemacht. Wir haben daran erinnert, schon 2001 gesagt zu haben, dass sich mit uns einiges in der Stadt ändert, manches für die alten Berliner Verhältnisse schmerzhaft und ungewohnt sein wird. Seit langem war bekannt, dass die Strukturen Westberlins, die 1990 auf Ostberlin übertragen wurden, sozial ungerecht, zu teuer und innovationsfeindlich waren. Berlin musste sich ändern, nicht nur wegen der Finanzen. Erst mit der PDS in der Regierung wurde sich dieser Aufgabe auch ernsthaft gestellt.

Oder das Brückenbauen zwischen Ost und West. Ich behaupte, nirgends in Deutschland sind sich Ost und West in den letzten Jahren so nahe gekommen wie in Berlin, und die Umfragen bestätigen es: Für nur noch ein Viertel der Berlinerinnen und Berliner ist die Spaltung zwischen Ost und West noch ein Problem. Die viel zitierte Mauer in den Köpfen ist schon viel kleiner geworden.

Dass für die PDS auch in Regierungsverantwortung soziale Gerechtigkeit Maßstab ihres Handelns ist, dass wir auch in Zeiten einer Haushaltsnotlage in Berlin Prioritäten zugunsten von Wissenschaft, Bildung und Kultur setzen und uns für die Aufklärung von Filz und Korruption engagieren, lässt sich an vielen Beispielen unserer täglichen Arbeit belegen.

In den vergangenen Wochen wurden die Ergebnisse aus zweieinhalb Jahren Regierungshandeln, Projekte und Probleme in einem Bilanzpapier zusammengetragen, das nun als Diskussionsangebot vorliegt, um das Wirken der Berliner PDS fundierter zu bewerten. Die Halbzeitbilanz wurde am 23. März vom Landesvorstand beschlossen und als Antrag an den Landesparteitag eingereicht. Dieser wird sich am 16. Mai damit auseinandersetzen. Wir hoffen, dass wir bis dahin eine offene und kritische Debatte im Landesverband führen werden. Miteinander – als PDS-Mannschaft.

■ Stefan Liebich,
Landes- und Fraktionsvorsitzender

Genug gespart

Im Gespräch mit Bankeninitiative

Auf Einladung der PDS-Fraktion fand Anfang März ein Gespräch mit den Autoren des Offenen Briefs zur Berliner Bankgesellschaft, Prof. Rolf Kreibich und Prof. Albrecht Dehnhard, statt. Die PDS bekräftigte ihre Entscheidung, sich im April 2002 gegen die Insolvenz und für den Weg der so genannten Risikoabschirmung entschieden zu haben. So hätten neben den unmittelbar durch die Insolvenz auf das Land Berlin zukommenden Kosten auch der damit verbundene sofortige Wegfall von mehreren tausend Arbeitsplätzen eine entscheidende Rolle gespielt. Nach Schätzungen haben etwa 60 Prozent der mittelständischen Unternehmen ihre Kreditlinien bei Instituten der Bankgesellschaft. Deren plötzlicher Wegfall würde kurzfristig nicht durch andere Banken kompensiert werden können. Die Risikoabschirmung, so die PDS, sei nach wie vor diejenige Alternative, die den eingetretenen finanziellen Schaden für das Land Berlin auf das Unvermeidbare reduziere.

Für eine Ausbildungsplatzabgabe

Die von der Bundesregierung geplante Ausbildungsplatzabgabe wird von Rot-Rot weiterhin unterstützt. Maßnahmen, die es erlaubten, staatliche Programme und Ersatzmaßnahmen in der Ausbildung abzubauen, die das Angebot an Ausbildungsplätzen erhöhen und Ausbildung unabhängig machen von konjunkturellen Schwankungen, seien dringend erforderlich. Um eine qualifizierte Ausbildung für alle Jugendlichen zu sichern, bedarf es einer bundesgesetzlichen Umlagefinanzierung, wie sie SPD und PDS in ihrer Koalitionsvereinbarung fordern, hieß es in einer Erklärung der PDS-Fraktion.

Nur noch wenige Wochen, dann ist Halbzeit für Rot-Rot in dieser Legislaturperiode. Wir werden gefragt werden, was wir erreicht haben und welche Aufgaben noch vor uns liegen. Hinter eines unserer wichtigsten Wahlversprechen konnten wir PDS-Abgeordneten am späten Abend des 18. März gedanklich ein Häkchen setzen. Da wurde der Berliner Landeshaushalt für 2004 und 2005 beschlossen. Einen „Schlüsselhaushalt“ haben wir ihn genannt, weil er ein wesentlicher Baustein hin zu einer Sanierung des Landeshaushalts ist. Genau die hatte die PDS in ihrem Wahlprogramm auch in Aussicht gestellt. „Berlins Finanzen zu sanieren, ist die Schlüsselaufgabe der kommenden Legislaturperiode“, hieß es da und weiter: „Eine Flucht in die Verschuldung ist unsozial. Sie nutzt vor allem den Banken und untergräbt die Handlungsfähigkeit des Landes.“ Auch über die Schwierigkeiten einer notwendigen Haushaltssanierung waren wir uns im Klaren: „Schmerzhafte Einschnitte werden unvermeidlich sein, vieles wird sich ändern.“

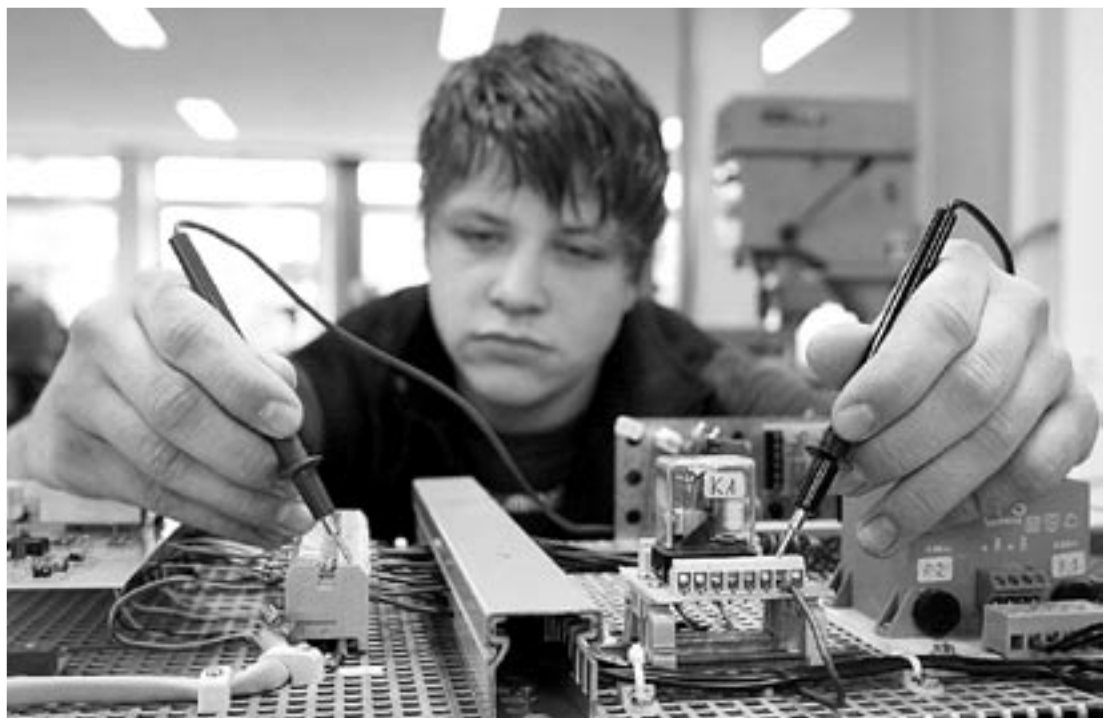
Es waren enorm schwierige Entscheidungen zu treffen. Allein der Hauptausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses hat über 170 Stunden dazu beraten. Wenn wir wollten, dass Dinge Priorität genießen, mussten wir gleichzeitig darüber nachdenken, was für Berlin nachrangig wichtig ist. Wenn wir unseren PDS-Anspruch, sozial Schwächere nicht weiter zu belasten, umsetzen wollten, bedeutete es – wie bei den Kitagebühren – besser verdienende Eltern stärker heranzuziehen. Es gibt im Gegensatz zu anderen Bundesländern in Berlin noch immer das Blindengeld, auch wenn es nicht mehr in der Höhe wie zuvor gezahlt

werden kann. Und Berlins Hochschulen müssen zwar mit 75 Mio. Euro weniger auskommen, sie dürfen aber immer noch etwa 600 Millionen Euro mehr ausgeben, als dies in anderen Ländern im Durchschnitt der Fall ist.

Das ist von uns so gewollt, genauso wie wir an der guten Kitaausstattung Berlins gegenüber anderen Bundesländern festhalten und uns auch künftig Tierpark und Zoo leisten werden. Was jetzt noch passieren kann? Dass CDU und Teile der FDP erneut gegen den Haushalt klagen. Es ist ersichtlich, warum sie das tun. Sie wollen Rot-Rot schaden. Die CDU sagt das klar und deutlich, einen anderen Grund gibt es für sie nicht. Dem FDP-Fraktionschef Lindner gehen insbesondere unsere Vereinbarungen zur Kostenreduzierung mit dem öffentlichen Dienst gegen den Strich. Hier hätten wir viel mehr sparen, vor allem kündigen müssen, meint er.

Unser Anliegen, beim Schuldenabbau mit 35 Mrd. Euro von Bund und Ländern unterstützt zu werden, könnte angesichts einer weiteren Verfassungsklage scheitern. Man kann einen politischen Dissens mit der Politik von Rot-Rot aber auch unterhalb der Schädigung elementarer Interessen Berlins artikulieren und formulieren. Wenigstens Bündnis 90/Die Grünen haben das verstanden. Mit dem Sparentscheidungen sind wir mit diesem Doppelhaushalt 2004/2005 jedenfalls im Wesentlichen durch. Unser Eigenanteil für den Anspruch auf Hilfen beim Schuldenabbau durch den Bund ist erbracht. Mehr können und wollen wir den Berlinerinnen und Berlinern nicht abverlangen.

■ Carl Wechselberg,
haushaltspolitischer Sprecher der Fraktion



Mehr Ausbildungsplätze - Berlin unterstützt eine bundesgesetzliche Regelung zur Umlagefinanzierung. Foto: ND-Archiv

Zweifelhafter Beifall

Sie war groß angekündigt, die Rede des Kanzlers, wie es sich für eine Regierungserklärung gehört. Schon Tage zuvor wurde die Überschrift durch alle Agenturen verbreitet: „Deutschland 2010 – unser Weg zu neuer Stärke!“ Und sie wurde gebührend beklatscht, von der SPD und den Grünen.

schlampig gemacht. Nur dort, wo die Opposition sich durchgesetzt habe, wende sich das Schicksal zum Besseren. Ein Paradebeispiel dafür sei die Gesundheitsreform (Beifall bei der CDU/CSU und bei der FDP).

Die CDU-Vorsitzende hatte ihre Rede unter die Überschrift gepackt: „Deutschland darf nicht



Foto: Axel Hildebrandt

Der Beifall für meine Widerworte fiel spärlicher aus. Im Protokoll wurde mehrfach vermerkt: „Beifall von der Abgeordneten Löttsch – fraktionslos“. So ist das meist. Dabei hätte ich mehr verdient. Denn ich hatte die SPD-Fraktion an einen Passus aus ihrem Parteiprogramm erinnert. Darin heißt es sinngemäß: „Die Stärke einer Gesellschaft misst sich an den Schwachen.“ Davon, erinnerte ich den Kanzler, hat sich die SPD mit der „Agenda 2010“ weit entfernt. Sie belastet Kranke, Arme und Alte über Gebühr und sie entlastet jene – wie es auf sozialdemokratisch so schön heißt – die breite Schultern haben. „Und auch Ihr ‚Weg zu neuer Stärke‘ hat große Gewinner und viele Verlierer. So ein Deutschland will ich, will die PDS nicht“ (Beifall bei der Abgeordneten Löttsch).

Regierungserklärungen sind stets Anlass für Generaldebatten, für deftiges Pro und Kontra. Entsprechend wortstark rechnete die CDU/CSU mit dem Kanzler ab. Die rot-grünen Reformen wiesen zwar den richtigen Weg, meinte Angela Merkel, aber sie seien halbherzig gedacht und

stillstehen!“ Offenbar meinte sie das sogar wörtlich. Denn sie bot der Bundesregierung jede Zustimmung an, wenn es um Auslandseinsätze der Bundeswehr geht. Wieder musste ich mit weniger Applaus vorlieb nehmen, als ich sagte: „Sie kennen meine grundsätzliche Kritik an der zunehmenden Militarisierung der Politik. In der künftigen EU-Verfassung wurde sie sogar als Pflicht festgeschrieben. Deshalb lehnt die PDS den Entwurf ja auch ab.“

Aber auch hierzulande gibt es genug Zeitzünder. Insbesondere die CDU/CSU lässt keinen Anlass aus, sie zu schärfen. Deshalb wiederholte ich für die PDS: „Es gibt keinen Grund, das Grundgesetz zu ändern und die Bundeswehr im Innern einzusetzen. Es gibt keinen Grund, die überholte Wehrpflicht durch andere Zwangsdienste zu ersetzen. Und es gibt keinen Grund, durch ein Entsendegesetz am Bundestag vorbei Kriegseinsätze zu beschleunigen.“

■ Petra Pau, PDS im Bundestag

In Kürze:

PDS im Bundestag auf der CeBit

Wie bei vielen großen Messen ist der Deutsche Bundestag auch auf der CeBit in Hannover mit einem Informationsstand vor Ort. Allen Abgeordneten ist angeboten worden, sich vor Ort dem Gespräch mit den Besuchern zu stellen. Etwa ein Dutzend von 603 sagte zu. Die PDS im Bundestag war zu 100 Prozent da.

Grüße zum Newroz-Fest

Am Sonntag, dem 21. März, überbrachte Gesine Löttsch 20 000 Exil-Iranern die solidarischen Grüße der deutschen Linksozialisten. In Mechelen bei Brüssel unterstützte Gesine Löttsch die Forderung, die Volks-Mudjahedin von der so genannten EU-Terrorliste zu streichen.

Frauen im Netz:

Aktueller und umfassender als bei der PDS im Netz ist die Arbeit von Gesine Löttsch und Petra Pau übrigens via www.gesine-loettsch.de und www.petra-pau.de nachvollziehbar.

Bundestagsbüro Dr. Gesine Löttsch

2. Obergeschoss
Ahrenshooper Str. 5
13051 Berlin
Tel (0 30) 99 27 07 25
Fax (0 30) 99 27 07 26
wahlkreis@gesine-loettsch.de
www.gesine-loettsch.de

Bürgersprechstunde:
13. 04. 2004, 17–18 Uhr

Wahlkreisbüro Petra Pau

Henny-Porten-Str. 10–12
12627 Berlin
Tel. (0 30) 99 28 93 80
Fax (0 30) 99 28 93 81
petra.pau@wk.bundestag.de
www.petra-pau.de

Bürgersprechstunde:
21. 04. 2004, 10–12 Uhr

Termine:

12. April 2004

Berliner Ostermarsch 2004

14 Uhr

Zwischen Neptunbrunnen und Marienkirche (Berlin-Mitte)

26. April 2004

Frauenrechte und Europa

Mit Dr. Gesine Lötzsch (MdB) und Evrim Baba (MdA)

19 Uhr

Rathaus Lichtenberg, Möllendorffstr.6, 10360 Berlin
(U5 Frankfurter Allee)

30. April 2004

Vor-Mai-Fete mit Talk und Musik

Mit Petra Pau (MdB)

15 Uhr

Geschäftsstelle der PDS Marzahn-Hellersdorf
Henny-Porten-Str. 10–12, 12627 Berlin

30. April 2004

Gegen die Mär eines Krieges der Generationen – Für Gerechtigkeit und Solidarität!

1. Zukunftskonvent

u.a. mit Christina Emmrich (Bürgermeisterin von Lichtenberg), Gabriele Zimmer (MdL, Europawahl-Kandidatin), Dr. Gunnar Winkler (Präsident der Volkssolidarität), Prof. Dr. Christoph Butterwegge und Dr. Lutz Brangsch (Sozialwissenschaftler)

16 Uhr

Rathaus Lichtenberg, Möllendorffstr. 6, 10360 Berlin
(U5 Frankfurter Allee)

10. Juni 2004

PDS-Wahlkampfabschluss

ab 16 Uhr

im „Prater“
Kastanienallee
Berlin Prenzlauer Berg

28. bis 31. Mai 2004

12. Pfingsten mit der PDS

in der Europäischen Jugendholungs- und Begegnungsstätte
Werbellinsee

Anmeldung:

www.pds-berlin.de/04pfingst

oder in der Landesgeschäftsstelle,
Tel. 24 00 92 89, Fax 24 00 92 60

Impressum:

Landesvorstand PDS Berlin

Karl-Liebnecht-Haus

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

Tel. 24 00 93 01, Fax 24 00 92 60

E-Mail: lv@pds-berlin.de

V. i. S. d. P.: Annegret Gabelin

Titel & Gestaltung: www.warenform.net

Druck: www.druckerei-buntherhund.de

Redaktionsschluss: 26. 03. 2004

Kalenderblatt: 25. April 1974 Nelkenrevolution in Portugal

In den frühen Morgenstunden besetzten aufständische Militärs eine Lissaboner Radiostation. Panzer rollen in die Hauptstadt ein. Die Bevölkerung begleitet diesen „Putsch“ mit spontanen Sympathiekundgebungen. Die Gewehrläufe der einrückenden Soldaten werden mit Nelken geschmückt. Die Revolution hat ihren Namen. Über 40 Jahre faschistische Diktatur finden ein unblutiges Ende. Noch am Abend verkündet die Militärjunta ihr Programm „zur Erlösung des Landes und zur Wiedereinsetzung des portugiesischen Volkes in seine Bürgerrechte“.

Seit 1933 hatte Antonio de Oliveira Salazar mit seiner „Uniao Nacional“ jede oppositionelle Regung unterdrückt. Streiks und andere Parteien waren verboten. Sein Vertrauter Caetano führte das anachronistische und autoritäre Regime seit 1968 weiter.

Neben dem innenpolitischen Sprengstoff war der Widerstand gegen die Kolonialpolitik ein entscheidendes Motiv der „Bewegung der Hauptleute“. Portugals Regime versuchte im Gegensatz zur internationalen Entwicklung seine Kolonien in

Afrika mit aller Macht zu halten. Die sinnlosen und blutigen Waffengänge stießen bei verantwortungsbewussten Militärs zunehmend auf Kritik. General Spínola, der von 1968 bis 1973 selbst Gouverneur von Guinea-Bissau war, verlangte im Februar 1974 öffentlich ein Ende der Kolonialkriege und die Anerkennung des Rechtes auf Selbstbestimmung. Dieses Bekenntnis kostete den stellvertretenden Generalstabschef umgehend seinen Posten. Die Nelkenrevolution bringt ihn in das Amt des Staatspräsidenten.

Die Militärjunta entlässt die politischen Häftlinge und löst die alte Nationalversammlung auf. Oppositionelle Politiker, darunter die Führer der Sozialistischen und Kommunistischen Partei, kehren aus dem Exil zurück. Am 15. Mai wird ein Übergangskabinett unter dem Juristen Adelino da Palma Carlos gebildet, dem auch KP-Generalsekretär Alvaro Cunhal beitrifft.

■ Jürgen Hofmann

Teilnahme an der DGB-Demo
„1. Mai 2004: Unser Europa – frei,
gleich, gerecht“

PDS Berlin am 1. Mai 2004

Friedrichshain/Kreuzberg
Mariannenplatz-Fest ab 14.00 Uhr

Treptow-Köpenick
Luisenhain in Köpenick ab 13 Uhr
Springborn-Club, Springbornstraße in Treptow ab 14 Uhr

Lichtenberg
Fest am Obersee, Lindenweg in Hohenschönhausen
11 bis 18 Uhr

Marzahn/Hellersdorf
(Vor)Maifete am 30.04., ab 15.00 Uhr,
rund um die Henny-Porten-Str.10–12

Bezirk III
Fest an der Bötzoweiche,
Am Friedrichshain/Ecke Bötzowstraße
im Prenzlauer Berg ab 14.00 Uhr

SERVICE